

Leoben: Zivilgesellschaftliches Engagement bringt Flüchtlingsunterbringung auf die politische Agenda und in einen konstruktiven Diskurs

Petra Wlasak

Mit rund 28.000 Einwohner/innen ist Leoben die zweitgrößte Stadt des österreichischen Bundeslandes Steiermark (Stadtgemeinde Leoben 2016a). Geographisch gelegen an den Ausläufen der obersteirischen Eisenerzer Alpen, ist Leoben seit dem Mittelalter als Abbauregion von Erz bekannt und vom Bergbau und der Stahl- und Eisenindustrie geprägt (Leitner-Böchzelt 2002). Die Krise der Stahlindustrie, beginnend am Ende der 1970er Jahre, führte dazu, dass Leoben mit einem Produktionsrückgang und einer Reduktion von Arbeitsplätzen konfrontiert war (Leitner-Böchzelt 2002). In der Folge kam es zu einer kontinuierlichen Abwanderung und einem Rückgang der Gesamtbevölkerung, welche 2011 mit 24.600 seinen bis dato niedrigsten Stand verzeichnete (Stadtgemeinde Leoben 2016a, Zentrum für Verwaltungsforschung 2015). Die Stadtgemeinde Leoben reagierte auf die wirtschaftliche und soziale Krise durch Investitionen in Forschung, Kultur, Freizeit und Konsum und setzte basierend auf einem partizipativ erarbeiteten Planungsdokument dem – Leitbild Leoben, über 198 Stadtentwicklungsprojekte mit unterschiedlichsten Stakeholdern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft um.¹ Trotz der erfolgreichen Realisierung dieser Projekte und eines Bekenntnisses der Stadtpolitik und -verwaltung zu einer Fortführung des insgesamt als sehr gute Erfahrung evaluierten Leitbildprozesses (Stadtgemeinde Leoben 2016b, Zimmermann und Bunderla 2002, Zimmermann und Ehetreiber 2008), ist die Stadt Leoben mit neuen Herausforderungen und Fragen konfrontiert, für welche es laut Angaben der Stadtverwaltung und der Stadtpolitik neue, experimentelle Formen von Bürger/innenbeteiligung² braucht, um adäquat reagieren zu können. Basierend auf diesem Bedarf ist die Stadt Leoben Projektpartner im europäischen Forschungsprojekt URB@Exp, in welchem gemeinsam mit wissenschaftlichen Partner/innen der Karl-Franzens-Universität erprobt wird, welche Beiträge partizipative Experimente zu aktuellen gesellschaftlich relevanten Themen für eine nachhaltige und inklusive Stadtentwicklung leisten können.³

Herausforderungen für die zukünftige Stadtentwicklung Leobens sind beispielsweise der Umgang mit der demographischen Veränderung der Stadtbevölkerung hinsichtlich Alter und einer steigenden Diversität in Bezug auf Herkunft und sozialem Status. Die Stadt sieht sich gefordert einerseits für international tätige Firmen des Industrie- und Forschungsclusters attraktiv zu bleiben und damit für Arbeitsplatzsicherheit vor Ort zu sorgen, andererseits eine hohe Lebensqualität für seine immer diverser werdende Bevölkerung bieten zu können und Abwanderung langfristig zu verhindern. Fragen der Inklusion unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen mit diversen Bedürfnissen und eine kooperative Umsetzung dieser in partizipativer Stadtentwicklung stehen daher ebenso auf der Agenda der Stadtentwicklung (Industriellenvereinigung Steiermark 2016, Klima- und Energiefonds 2013, Wlasak und Blais 2016).

Petra Wlasak: Leoben: Zivilgesellschaftliches Engagement bringt Flüchtlingsunterbringung auf die politische Agenda und in einen konstruktiven Diskurs

Unterbringung von Flüchtlingen als neue Herausforderung in Leoben

Im Herbst 2015 wurde die Themenpalette der Herausforderungen Leobens dadurch ergänzt, dass der Anstieg der weltweiten Flüchtlingsbewegungen⁴ (United Nations High Commissioner for Refugees 2016) und die damit einhergehende Erhöhung der Asylantragstellung in der EU und Österreich, auch in Leoben zum ersten Mal spür- und sichtbar wurde. Diese Entwicklung wurde im Rahmen des URB@Exp Forschungsprojekts durch teilnehmende Beobachtungen, Expert/inneninterviews und eine Diskursanalyse der lokalen Medienberichte zum Thema Flüchtlingsunterbringung analysiert. Hierzu sei angemerkt, dass in Leoben bis dato keine organisierte Flüchtlingsunterkunft des Bundes, des Landes oder von anderen privaten Institutionen beheimatet war. Mit dem Anstieg der Asylantragszahlen von 28.027 im Jahr 2014 auf 81.127 im Jahr 2015 in Österreich (Bundesministerium für Inneres 2016), musste in relativ kurzer Zeit eine erhöhte Zahl von schutz- und hilfsbedürftigen Personen im Rahmen der Erstversorgung durch den Bund während der Zeit der Prüfung der Zuständigkeit Österreichs für das Asylverfahren und im Rahmen der Grundversorgung⁵ durch die Bundesländer während des Asylverfahrens gefunden werden. Um dies zu bewerkstelligen erließ die österreichische Bundesregierung im September 2015 das sogenannte Durchgriffsrecht, welches es ihr ermöglicht, ohne Zustimmung der Länder oder Gemeinden Quartiere für schutzbedürftige Fremde zu errichten.⁶ Im Zuge dessen wurde in Leoben ein Transitquartier in einer ehemaligen Baumarkthalle für maximal 400 jugendliche Asylsuchende im Stadtgebiet Leoben errichtet und die Jugendlichen im Herbst dort untergebracht.

Zusätzlich wurden drei weitere organisierte Flüchtlingsquartiere für rund 100 Personen eingerichtet, welche sich in mehreren Wohnhäusern in der Stadt befinden und von privaten Träger/innen im Auftrag des Landes Steiermark betrieben werden. Bei den sich in Leoben befindenden Flüchtlingen handelt es sich damit um zwei verschiedene Gruppen: einerseits die sich bereits im Asylverfahren befindenden Asylwerber/innen in der Grundversorgung des Landes Steiermark, die in privat betriebenen Kleinunterkünften untergebracht sind und andererseits die sich im Großquartier befindenden Flüchtlingen des Bundes, bei welchen die Zuständigkeit Österreichs für das Asylverfahren noch geprüft wird.

Aus der Krise zur zivilgesellschaftlichen Initiative: Organisieren und agieren

In der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung stieß die Unterbringung von mehreren hundert Jugendlichen im Transitquartier auf breite Ablehnung. Zahlreiche lokale Medienberichte als auch öffentliche Aussagen von lokalen Gemeindevertreter/innen und Gegendemonstrationen der Bewohner/innen drückten diese deutlich aus (Kleine Zeitung 2015b). Die Inbetriebnahme der kleineren Grundversorgungsquartiere hingegen wurde kaum bis gar nicht beachtet, da diese Schritt für Schritt, in kleinerem Rahmen und über das Stadtgebiet verstreut errichtet wurden. Die Entwicklungen im Transitquartier wurden im Gegenteil dazu trotz Betretungsverbot von nicht vom Bund beauftragten Personen extern beobachtet und Vorkommnisse jeglicher Art in den lokalen Medien dokumentiert (Salzburger Nachrichten 2015). Ein wesentliches diskursives Ereignis, welches die öffentliche Wahrnehmung und Meinung zum Transitquartier weiter verschlechterte, war ein Polizeieinsatz im Dezember 2015 auf Grund einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen zwei größeren Gruppen im Großquartier (Die

Petra Wlasak: Leoben: Zivilgesellschaftliches Engagement bringt Flüchtlingsunterbringung auf die politische Agenda und in einen konstruktiven Diskurs

Presse 2015). Als Reaktion darauf verfasste der Bürgermeister⁷ einen offenen Brief an die zuständige Bundesministerin für Inneres mit der Aufforderung, die Jugendlichen so rasch wie möglich in bedarfsgerechte Spezialunterkünfte zu transferieren und generell das Großquartier zu schließen, da es laut seinen Angaben eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit sei und menschenunwürdige Wohnbedingungen darstellen würde (Wallner 2015). Tatsächlich wurden daraufhin die Jugendlichen schrittweise in andere Unterkünfte gebracht und stattdessen Familien und alleinstehenden Personen unterschiedlichen Alters in der ehemaligen Baumarkthalle untergebracht (ORF Steiermark 2015).

Trotz des hauptsächlich negativ geprägten Diskurses rund um die Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt und des breiten öffentlichen Widerstandes, begannen sich zwei unterschiedliche Gruppen von Bürger/innen Leobens schrittweise zu organisieren, um die Flüchtlinge in der Stadt zu unterstützen. Auf der einen Seite organisierte sich mit Unterstützung der Volkshilfe eine Gruppe von Freiwilligen, welche sich bereits an den Grenzen Österreichs zu Slowenien in Spielfeld und zu Ungarn in Nickelsdorf bei der Not- und Erstversorgung der Flüchtlinge im Herbst 2015 engagiert hatten und zu dem Schluss gekommen waren, dass die Inhalte des Hilfskonvois, welches sie zuvor noch direkt zur Grenze gebracht hatten, ebenso direkt vor Ort in Leoben im Transitquartier gebraucht werden. Auf der anderen Seite begannen sich Bewohner/innen auszutauschen, die sich bereits zuvor in der interkulturellen Arbeit in Pfarren in Leoben oder an der Universität engagiert hatten und starteten Deutschkurse speziell für die Asylwerber/innen der Kleinquartiere. Schritt für Schritt konnten die zwei Initiativen mehr freiwillige Mitarbeiter/innen für sich gewinnen und ihre Aktionen für Flüchtlinge ausbauen. Zusätzlich begannen sie sich vermehrt mit lokalen Schlüsselpersonen und Vertreter/innen aus Politik, Verwaltung, Vereinen, Kirche, Firmen und Quartiersgebern zu vernetzen.

Schlussendlich traten zwei unabhängige Organisationsformen aus den zwei Initiativen hervor: 1) die Private Flüchtlingsinitiative Leoben, welche als ihre exklusive Zielgruppe die Bewohner/innen im Transitquartier nennt und diese durch diverse Sachspenden und die Durchführung von Deutschkursen, Konversationsnachmittagen und Spielenachmittagen für Kinder unterstützt, und 2) die Plattform Asylwerber Leoben, welche sich spezifisch um Asylwerber/innen in organisierten Quartieren der Landesbetreuung angenommen hat und ein Patenschaftsprojekt mit über 60 Personen ins Leben gerufen hat (Kleine Zeitung 2016), regelmäßig Deutschkurse auf unterschiedlichen Niveaus durch freiwillig tätige und teilweise pensionierte Lehrer/innen anbietet (Land Steiermark 2016), Freizeit- und Sportaktivitäten durch Kooperationen mit Vereinen organisiert und regelmäßig interkulturelle Nachmittage für Asylwerbende und Bewohner/innen von Leoben in einem im Stadtzentrum gelegenen Café organisiert (Plattform Asylwerber Leoben 2016).

Reaktionen und Maßnahmen der Stadt: Koordinieren und informieren

Die Stadtgemeinde Leoben reagierte ihrerseits auch auf die aktuellen Entwicklungen zur Flüchtlingsunterbringung mit verschiedenen Maßnahmen in Leoben, trotz der Tatsache, dass sie keine Zuständigkeit bzw. Befugnis zur Abwicklung oder Organisation von Flüchtlingen in der Stadt selbst hat, da dies wie bereits beschrieben Aufgabe des Bundes bzw. des Bundeslandes ist. So wurde im Dezember 2015 eine Gemeinderätin vom Bürgermeister zur Koordinatorin für Flüchtlingsangelegenheiten ernannt und mit der Koordination, Kooperation und Un-

Petra Wlasak: Leoben: Zivilgesellschaftliches Engagement bringt Flüchtlingsunterbringung auf die politische Agenda und in einen konstruktiven Diskurs

terstützung aller Aktivitäten der freiwilligen Organisationen, der beauftragten Institutionen und der Stadtverwaltung beauftragt (Kleine Zeitung 2015a). Zusätzlich organisierte die Stadtverwaltung Leobens regelmäßige Netzwerktreffen von allen im Flüchtlingsbereich tätigen freiwilligen und hauptamtlichen Akteur/innen, um die Möglichkeit zu geben, sich zu Erfahrungen, geplanten Aktivitäten und aktuellen Herausforderungen auszutauschen. Außerdem entschloss sich die Stadt dazu, eine Informationsveranstaltungsreihe in jenem Stadtbezirk abzuhalten, in welchem das Transitquartier untergebracht ist. Für die Organisation dieser Informationsveranstaltungsreihe, welche von Jänner bis März 2016 stattfand, griff die Stadt auf die Expertise der NGO

»Zebra – Interkulturelles Beratungs- und Therapiezentrum« zurück, mit welcher das Konzept und die Inhalte der Veranstaltung entwickelt wurden.⁸ Ziel der Veranstaltungsreihe in Leoben war es, in erster Linie der Bevölkerung Fakten und Informationen zur aktuellen Lage im Transitquartier zur Verfügung zu stellen und die Sorgen und Fragen der Anrainer/innen anzuhören. Alle drei Abendveranstaltungen dieser Reihe, welche im örtlichen Pfarrsaal stattfanden, liefen nach demselben Schema ab und wurden von einem Mitarbeiter von Zebra moderiert. Inhaltlich wurden ebenso abwechselnd durch eine Mitarbeiterin bzw. von einem Mitarbeiter von Zebra rechtliche Definitionen von Flüchtlingen geklärt, ein Einblick in das Asylrecht gegeben und die Leistungen für Asylsuchende durch den Bund und das Land dargestellt. Danach folgten Kurzinputs durch den Quartiersleiter des Transitquartiers, welcher einen Einblick in die aktuellen Abläufe und Situation im Quartier gab, und durch Freiwillige der Privaten Flüchtlingsinitiative Leoben, welche ihre Unterstützungstätigkeiten für Flüchtlinge vorstellten. Für die anschließenden Fragen des Publikums waren außerdem der Vizebürgermeister, die Flüchtlingskoordinatorin und weitere freiwillige Mitarbeiter/innen vor Ort. Bei allen drei Veranstaltungen zeigte sich, dass insbesondere Fragen zu den konkreten finanziellen Leistungen für Asylwerbende, Fragen der Sicherheit im Wohngebiet und Möglichkeiten der Kommunikation mit Flüchtlingen gestellt wurden. Die Hauptaufgabe der Veranstalter/innen und Vortragenden bestand daher darin, das System und die Leistungen der Grundversorgung für Personen im Zulassungsverfahren und im Asylverfahren genau zu erklären, bei störenden oder kriminellen Handlungen an die Polizei zu verweisen und die Teilnehmer/innen zu motivieren, sich an den freiwilligen Aktivitäten zu beteiligen bzw. zu versuchen durch offenes Aufeinanderzugehen mit Flüchtlingen ins Gespräch zu kommen. Als zusätzliche Aktion waren im Veranstaltungsraum übersetzte Briefe von Flüchtlingen und Zeichnungen von Flüchtlingskindern ausgestellt, durch welche die Veranstaltungsteilnehmer/innen eine Form des indirekten Kontakts und einen Einblick in die Fluchterlebnisse der Flüchtlinge erhalten konnten. Insgesamt kann die Stimmung bei den Veranstaltungen als zunächst angespannt beschrieben werden, welche sich aber durch die professionelle Moderation und Präsentation von Fakten rasch in informatives Zuhören wandelte. Zahlreiche Fragen wurden im Anschluss gestellt und die Teilnehmer/innen fragten konkret nach, wenn ihre Frage nicht verständlich beantwortet wurde. Die Vortragenden wurden des Öfteren aufgefordert, bereits beantwortete Fragen erneut oder umfassender zu beantworten. In anschließenden Gesprächen mit den Teilnehmer/innen wurde deutlich, dass die Veranstaltung aber insgesamt als positiv wahrgenommen wurde. Die Teilnehmer/innen gaben außerdem an, dass sie es positiv fanden, dass Vizebürgermeister und Quartiersleiter direkt vor Ort waren um Fragen zu beantworten. In den nachfolgenden Interviews mit den Organisator/innen und den Freiwilligen wurde dieser Eindruck auch hier bestätigt, allerdings auch Bedauern ausgedrückt, dass

Petra Wlasak: Leoben: Zivilgesellschaftliches Engagement bringt Flüchtlingsunterbringung auf die politische Agenda und in einen konstruktiven Diskurs

insbesondere am Ende der Veranstaltungsreihe nicht mehr so viele Personen gekommen waren wie zu Beginn (von ca. 50 Teilnehmer/innen zu ca. 15 am Ende der Reihe im März), trotz flächendeckender Aussendung von Einladungen an alle Bewohner/innen im betroffenen Stadtteil. Die Stadtvertretung interpretierte dies aber andererseits auch als positives Zeichen dafür, dass anscheinend aktuell keine weiteren Fragen oder Sorgen der Bürger/innen zum Transitquartier bestehen.

Reflexion und Ausblick

Insgesamt konnte bei den teilnehmenden Beobachtungen, durch Expert/inneninterviews und durch eine mediale Diskursanalyse der Entwicklung der Flüchtlingsunterbringung in der Stadt festgestellt werden, dass das Thema Asyl und Flucht, für welches eine Stadtgemeinde in Österreich keine unmittelbare Zuständigkeit hat, den politischen und zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozess sowie Gestaltungsspielraum der Stadt fordert, aber auch erweitern kann. Zivilgesellschaftliche Akteur/innen, wie die beschriebenen sich freiwillig engagierenden und organisierenden Bürger/innen, tragen wesentlich dazu bei, das Thema auf die politische Agenda einer Stadt und ihrer Verwaltung zu setzen und können den Diskurs rund um das Thema positiv beeinflussen. In Leoben hat sich gezeigt, dass trotz einer negativen Grundhaltung der Mehrheitsbevölkerung kleine Initiativen eine positive Veränderung im Interesse von marginalisierten Gruppen und zur Beruhigung des Diskurses herbeiführen können. Leoben kann demnach als Beispiel dafür dienen, dass die häufig genannte »Flüchtlingskrise« eine Chance für Gemeinden sein kann, gemeinsam mit unterschiedlichsten Stakeholdern und mit Bürger/innen partizipativ Lösungen zu erarbeiten und trotz rechtlicher Umstände, die eine direkte Befugnis der Stadt ausschließen, einen positiven Beitrag zu Veränderung zu bewirken.

Fragen, die sich aktuell für die zukünftige Entwicklung der Flüchtlingsunterstützung in Leoben stellen, sind wie die Stadt in Zukunft mit den Freiwilligen zusammenarbeiten wird und wie sie diese unterstützen will und kann, damit diese langfristig ihre Angebote erhalten können. Aus einer begleitenden Forschungsperspektive stellt sich außerdem die Frage, welche Lerneffekte aus dem Prozess sowohl für Wissenschaft als auch für Praxis gewonnen werden konnten. Wesentlich ist außerdem im Sinne eines inklusiven Verständnisses von Stadtentwicklung und Partizipationsprozessen, wie bei der Erarbeitung von weiteren Lösungen und Angeboten insbesondere die Bedürfnisse der Betroffenen selbst, nämlich der Flüchtlinge, angehört und inkludiert werden können.

Das Forschungsprojekt URB@Exp hat sich zum Ziel gesetzt, zur Begleitung der bisherigen Prozesse zum Thema Flucht und Asyl in der Stadt gemeinsam mit den städtischen Akteur/innen, Antworten auf diese Fragen zu erhalten und ebenso aus anderen, zahlreichen Best-Practice-Beispielen von Bürger/innenbeteiligung im Bereich Flucht und Asyl zu lernen.

Anmerkungen

- 1) Im Rahmen dieses Leitbildprozesses führte die Stadtgemeinde unterstützt durch das Institut für Geographie und Raumforschung der Karl-Franzens-Universität Graz unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Friedrich M. Zimmermann verschiedenste Formen der Bürger/innenbeteiligung wie Bürger/innenversammlungen, Runde Tische und Arbeitskreise durch, um die Bedürfnisse der Bürger/innen in den Planungsprozess zu inkludieren und zu verwirklichen und die Identifikation und das Engagement der Bewohner/innen mit und zu den Projekten zu fördern. Als Resultat des Stadtentwicklungsprozesses wurde beispielsweise ein Einkaufszentrum am Hauptplatz der Stadt unter Inklusion von bestehenden Grundmauern eines mittelalterlichen Klosters, ein Wellness- und Konferenzzentrum sowie das Kulturquartier mit neuen Ausstellungen und Ausstellungsräumen verwirklicht (Zimmermann und Bunderla 2002, Zimmermann und Ehetreiber 2008). Mehr Informationen zum Leitbildprozess unter <http://www.leoben.at/gemeinde/stadtentwicklung/leitbild/>.
- 2) Die Autorin hat diese Gender-Schreibweise gewählt, da sie in Österreich gebräuchlich ist.
- 3) Das Projekt »URB@Exp: Towards new forms of urban governance and city development: learning from urban experiments with living labs & city labs« ist ein durch die europäische Joint Initiative Urban Europe finanziertes Projekt, welches in den fünf europäischen Städten Maastricht, Malmö, Antwerpen, Graz und Leoben implementiert wird. Das Konsortium setzt sich aus jeweils wissenschaftlichen Partner/innen als auch Partner/innen der jeweiligen Stadtverwaltung zusammen. In Österreich übernimmt das RCE Graz-Styria die Rolle der nationalen Koordination in Kooperation mit den Städtepartner/innen aus Graz und Leoben und begleitet die jeweiligen Stadtverwaltungen in der Umsetzung und der Reflexion ihrer Erfahrung mit Experimenten in Stadtlaboren. URB@Exp hat eine dreijährige Laufzeit und startete im September 2014. Mehr Informationen unter <http://www.urbanexp.eu/>.
- 4) So waren laut dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) im Jahr 2015 65,3 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, ein Höchststand seit dem Beginn der statistischen Erhebungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs (UNHCR 2016).
- 5) Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern sieht eine Unterbringungsaufteilung von Asylwerbenden in den Bundesländern entsprechend derer Größe der Wohnbevölkerung vor. In der Vereinbarung ist außerdem ein Teilungsschlüssel festgelegt, wonach der Bund 60% und die Länder 40% der Kosten übernehmen (Neugschwendnter et al. 2015, Asylkoordination Österreich 2015).
- 6) Nachdem im Laufe des Jahres 2015 vermehrt Bundesländer hinsichtlich der Erfüllung der Quote für die Bereitstellung von Unterkünften für Asylwerbende säumig geworden waren, erließ die Bundesregierung im September 2015 das sogenannte Durchgriffsrecht, welches dem Bund gestattet, von sich aus ohne notwendige Zustimmung der Länder oder Gemeinden Quartiere für schutzbedürftige Fremde vor Ort zu errichten, sofern das betreffende Bundesland seine Quote für die Unterbringung von Flüchtlingen nicht erfüllt und weniger als 1,5% der Wohnbevölkerung an Flüchtlingen vor Ort leben (Bundeskanzleramt 2015).

7) Die Stadtpolitik Leobens wird von der Sozialdemokratie dominiert, welche die stimmenstärkste Fraktion mit 17 von 31 Mandaten im Gemeinderat stellt sowie den amtierenden Bürgermeister. Dieser ist der seit 1946 fünfte sozialdemokratische Bürgermeister in Folge (Stadtgemeinde Leoben 2016d).

8) Zebra führt aktuell das Projekt »ZUSAMMENLEBEN IN QUARTIER & GEMEINDE« durch, welches für Gemeinden Aufklärung, Beratung und Information sowie Unterstützung bei Veranstaltungen und Initiativen vor Ort zum Thema Flucht und Asyl anbietet. Mehr Informationen unter <https://www.zebra.or.at/cms/cms.php?pageName=bildung&detailId=10>

Weiterführende Links

Plattform Asylwerber Leoben <http://www.asylwerberleoben.at/>

Stadtgemeinde Leoben <http://www.leoben.at/>

URB@Exp: Towards New Forms of Urban Governance and City Development: Learning from Urban Experiments with Living Labs & City Labs <http://www.urbanexp.eu/>

Volkshilfe Freiwilligenzentrum Steiermark <https://stmk.volkshilfe.at/430>

Zebra – Interkulturelles Beratungs- und Therapiezentrum: Projekt »Zusammenleben in Quartier & Gemeinde« <https://www.zebra.or.at/cms/cms.php?pageName=bildung&detailId=10>

Literatur

Asylkoordination Österreich (2015): Grundversorgung. In: Infoblatt der Asylkoordination Österreich 2/2015, Wien. URL: http://www.asyl.at/infoblaetter/infoblatt_grundversorgung_0915.pdf

Bundeskanzleramt (2015): Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden – beschlossene Neuerungen, Wien. URL: <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/module?genetics.am=Content&p.contentid=10007.178277>

Bundesministerium für Inneres (2016): Asyl Jahresstatistik 2015, Wien. URL: www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2015.pdf

Die Presse (2015): Steiermark: Schlägerei unter minderjährigen Flüchtlingen, 04.12.2015, Wien. URL: http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/4880934/Steiermark_Schlaegerei-unter-minderjaehrigen-Fluechtlingen?_vl_backlink=/home/panorama/index.do

Industriellenvereinigung Steiermark (2016): Landkarte Industrie, Graz. URL: <http://landkarte.dieindustrie.at/>

Kleine Zeitung (2015a): Neue Koordinatorin für Flüchtlingsangelegenheiten, Leoben, 17.12.2015. URL: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4888793/Leoben_Neue-Koordinatorin-fur-Fluechtlingsangelegenheiten-

Kleine Zeitung (2015b): Protestdemo mit Sorgen und Hetze, Leoben, 31.10.2015. URL: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/peak_leoben/4856084/Leoben_Protestdemo-mit-Sorgen-und-Hetze

Petra Wlasak: Leoben: Zivilgesellschaftliches Engagement bringt Flüchtlingsunterbringung auf die politische Agenda und in einen konstruktiven Diskurs

- Kleine Zeitung (2016): Es gibt jetzt schon 60 Flüchtlingspaten, Leoben, 12.02.2016. URL: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/peak_leoben/4923946/Leoben_Es-gibt-jetzt-schon-60-Fluchtlingspaten
- Klima- und Energiefonds (2013): GreeNet Leoben, Wien. URL: <http://www.smartcities.at/stadt-projekte/smart-cities/greenetleo/>
- Land Steiermark (2016): Sprache baut Brücken. Plattform Flüchtlingshilfe Leoben, Graz. URL: <http://www.soziales.steiermark.at/cms/beitrag/12377502/116578897/>
- Leitner-Böchzelt Susanne (2002): Leoben, Erfurt.
- Neugschwendtner Thomas, Peyrl Johannes, Schmaus Christian (2015): Fremdenrecht. Asyl – Ausländerbeschäftigung – Einbürgerung – Einwanderung – Verwaltungsverfahren, 5. Aktualisierte Auflage, Wien.
- ORF Steiermark (2015): Flüchtlinge: Jugendliche aus Leoben verlegt, Graz. URL: <http://steiermark.orf.at/news/stories/2748261/>
- Plattform Asylwerber Leoben (2016): Für ein respektvolles und gelungenes Miteinander, Leoben. URL: <http://www.asylwerberleoben.at/>
- Salzburger Nachrichten (2015): Kritik an Missständen in Leobener Flüchtlingsquartier, Salzburg, 09.12.2015. URL: <http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/fluechtlinge/sn/artikel/kritik-an-missstaenden-in-leobener-fluechtlingsquartier-176349/>
- Stadtgemeinde Leoben (2016a): Gemeindestatistik, Leoben. URL: <http://www.leoben.at/gemeinde/daten-geschichte/gemeinde-statistik/>
- Stadtgemeinde Leoben (2016b): Leitbild der Stadt Leoben, Leoben. URL: <http://www.leoben.at/gemeinde/stadtentwicklung/leitbild/>
- Stadtgemeinde Leoben (2016c): Leoben. Historischer Überblick, Leoben. URL: <http://www.leoben.at/gemeinde/daten-geschichte/geschichte-leobens/>
- Stadtgemeinde Leoben (2016d): Politik & Gemeindeorgane, Leoben. URL: <http://www.leoben.at/gemeinde/politik/>
- Tourismusverband Leoben (2016): Leoben. Zentrum der Hochsteiermark, Leoben. URL: <http://www.tourismus-leoben.at/info/allgemeine-daten.html>
- United Nations High Commissioner for Refugees (2016): Global Trends. Forced Displacement in 2015, Genf. URL: <http://www.unhcr.org/576408cd7.pdf>
- Wallner Kurt (2015): Offener Brief an Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, 04.12.2016, Leoben. URL: <https://www.facebook.com/KWallnerSPOE>
- Wlasak Petra, Blais Jean-Sébastien (2016): Learning from each other for governance: Transatlantic, transdisciplinary knowledge exchange for governance innovation. In: European Diversity and Autonomy Papers 4, Bolzano/Bozen. URL: http://www.eurac.edu/en/research/autonomies/minrig/Documents/20016EDAP_04_FINAL.pdf
- Zentrum für Verwaltungsforschung (2015): Projekt Stadtregionen.at - Mittelstadtregion Leoben, Wien. URL: <http://www.stadtregionen.at/leoben/bev%C3%B6lkerung>

Zimmermann Friedrich M., Bunderla, Michaela (2002): »Gestalten Sie Zukunft« – Strategischer Planungsprozess für die Stadt Leoben. Enddokument, Institut für Geographie und Raumforschung, Universität Graz.

Zimmermann Friedrich M., Ehetreiber Johanna (2008): Leitbilder in der Stadt- und Regionalentwicklung – »Gestalten Sie Zukunft« - Strategischer Planungsprozess der Stadt Leoben. Stadtleitbild Review 2007-2008, Institut für Geographie und Raumforschung, Universität Graz.

Autorin

Petra Wlasak ist operative Leiterin und Universitätsassistentin am Regionalen Zentrum für Bildung für Expertise (RCE) Graz-Styria der Karl-Franzens-Universität Graz. Zuvor war sie als Projektkoordinatorin, Flüchtlingsbetreuerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im non-profit Bereich tätig. Studium der Politikwissenschaft (Mag.a phil., Universität Wien), Gender Studies (MA, Karl-Franzens-Universität Graz und Ruhr-Universität Bochum) sowie European Public and Project Management (MSc, Fachhochschule Joanneum Graz). In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung im Spannungsfeld Migration, Flucht und Gender.

Kontakt

Petra Wlasak, Karl-Franzens-Universität Graz

Tel.: +43 316 380 8895

E-Mail: petra.wlasak@uni-graz.at

rce.uni-graz.at

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de